

Antrag

der Fraktion der FDP

Keine Schnellschüsse zu Lasten unserer Wohnungsbaugesellschaften – Ankauf der 14.000 Wohnungen von Vonovia und Deutsche Wohnen stoppen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den geplanten Ankauf der Wohnungsbestände von „Vonovia“ bzw. der „Deutsche Wohnen“ zu stoppen. Kaufpreise in Milliardenhöhe und ein erheblicher Sanierungsstau in den Beständen erfordern eine ausgiebige, parlamentarische Beteiligung, statt des aktuellen Schnellschusses.

Begründung

Das Vorgehen des Senats, wenige Stunden vor der letzten Sitzung des Hauptausschusses eine streng vertrauliche Vorlage in den sogenannten Datenraum zu legen, missachtet alle Regeln unserer parlamentarischen Demokratie. Parlamentarische Beschlüsse bedürfen ausreichender Zeit und Informationen für das Abwägen und Debattieren, um schließlich zu Entscheidungen zu kommen.

Auf Grund der Größe des Geschäfts und der Auswahl der Wohnungsbestände sind nicht nur das Plenum daran zu beteiligen, sondern mindestens alle zuständigen Ausschüsse des Abgeordnetenhauses. Der Hauptausschuss und sein Unterausschuss „Vermögensverwaltung“ sind wegen der Höhe des Kaufpreises zu beteiligen. Der Ausschuss für Beteiligungsmanagement und -controlling muss mit den designierten Landesunternehmen Howoge, die bereits den Schulneubau zu Schultern hat, der Degewo und der Berlinovo deren Situation und die zusätzliche Belastung beraten. Und ohne die Expertise des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen zum Zustand der Bausubstanz, möglicher Asbestbelastungen und des drängenden Sanierungsstaus sollten selbstverständlich keine Ankaufsentscheidungen getroffen werden.

Unbestritten ist, dass in Berlin ein Wohnungsnotstand besteht. Dies darf die Politik nicht ignorieren. Ein Ankauf alter sanierungsbedürftiger Wohnungsbestände hilft da nicht weiter. Stattdessen muss der Senat zügig Bauland bereitstellen und Bauhindernisse identifizieren und beseitigen. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sind aufgefordert, ihren Teil dazu beizutragen. Die Milliarden sind im Neubau viel besser eingesetzt. Der Ankauf der mutmaßlich 14.000 Wohnungen von „Vonovia“ und der „Deutsche Wohnen“ ist deshalb zu stoppen.

Berlin, den 07.09.2021

Czaja, Meister
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin